

Ganz Europa hatte unter der Strahlenbelastung zu leiden, die mit den Regenfronten hin und her geschoben wurde.

Der chinesische Kommentar zu diesem Ereignis enthält keinen Tadel gegenüber der Sowjetunion, sondern stellt nüchtern fest, daß der "Reaktorunfall die sowjetische Atomindustrie zurückwirft". Tschernobyl liefere etwa die Hälfte des in der Ukraine benötigten Stroms. Nach Schätzungen ausländischer Experten kostet die Stilllegung des beschädigten Kraftwerkes die Sowjetunion täglich 4 Mio. US\$. Gleichzeitig hätten alle 15 Reaktoren des gleichen Typs in der ganzen UdSSR abgeschaltet werden müssen. Somit gingen also täglich mehrere 10 Mio. US\$ verloren.

Dies alles bremsen eine Entwicklung, die 1954 begonnen habe. 1985 arbeiteten 40 Reaktoren mit einer Kapazität von insgesamt 28 MW in der UdSSR. Mit 155 Mrd. kWh bestritten die KKW ein Zehntel der gesamten sowjetischen Stromerzeugung. Nach den USA und Frankreich war die Sowjetunion 1985 der drittgrößte Atomenergieproduzent der Welt. Ursprünglich hatte die Sowjetunion geplant, ihre Atomenergieerzeugung bis 1990 zu verdoppeln und bis zum Jahr 2000 zu verdreifachen, was bedeutet hätte, daß der Atomstrom 1990 bereits 20% der gesamten Energieproduktion ausgemacht hätte.

Diese ergeizigen Pläne aber seien, wie gesagt, durch den Reaktorunfall gestört worden. Die sowjetische Atomindustrie werde um "einige Jahre zurückgeworfen". Der Unfall von Tschernobyl werde die Sowjetunion zweifellos dazu zwingen, über die Notwendigkeit von "Containments" (Ummantelung mit Stahlbeton) nachzudenken und das Notkühlsystem ihrer Kernkraftwerke zu verbessern. Neben der Verbesserung ihrer Druckröhren-Reaktoren müsse möglicherweise auch die Entwicklung moderner Leichtwasser-Reaktoren gefördert werden. Dies jedoch erfordere hohe Investitionen und die Verbesserung der Technologien. Hiermit aber komme eine zusätzliche Belastung auf die ohnehin geschwächte sowjetische Wirtschaft zu.

Andererseits sei nicht anzunehmen, daß der Reaktorunfall die sowjetische Führung dazu veranlasse, ihr Atomprogramm aufzugeben; handle es sich hier doch um einen wichtigen Bestandteil der langfristigen Strategie Moskaus, um den ständig steigenden Energiebedarf im Inland zu decken und gleichzeitig den Westen im Bereich der Nukleartechnologien einzuholen (BRu 1986, Nr. 21, S. 12f).

Diese Ausführungen verdienen insofern Beachtung, als hier Überlegungen mitschwingen, die die Chinesen offensichtlich auch für sich selbst anstellen.

Vor wenigen Monaten erst hat die VR China - zumindest einstweilen - darauf verzichtet, einen über viele Monate ausgehandelten Vertrag über die Lieferung von 2 Kernkraftblöcken mit der deutschen KWU zu unterzeichnen. KWU war deshalb als Partner bevorzugt worden, weil die Blöcke in Sunan, in der Nähe von Shanghai, erstellt werden sollten, wo Sicherheit besonders groß geschrieben werden muß.

Die Absage hing offensichtlich mit Devisenüberlegungen für den Zeitraum des 7. Fünfjahresplanes zusammen. Es gab aber auch Gerüchte, daß andere Konkurrenten, möglicherweise sogar die Sowjetunion, wegen ihrer billigeren Angebote das Rennen machten. Auch die USA waren ins Gespräch gekommen - mit ihnen war erst am 23. Juli 1985 ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nuklearenergie geschlossen worden (XNA, 31.12.85).

Am 18. März war es zur Unterzeichnung eines sino-sowjetischen Abkommens gekommen, dessen Einzelheiten allerdings nicht mitgeteilt werden (XNA, 19.3.86)

Noch Anfang April hatte der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng mitgeteilt, China strebe eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kernkraft an. In Kürze würden chinesische Experten zur Besichtigung von Kernkraftwerken in die Sowjetunion reisen. Gleichzeitig wies Li jedoch auf ähnliche Studienreisen chinesischer Experten nach Brasilien und in die USA hin. China werde versuchen, bei der Verwirklichung seines Atomprogramms weitgehend auf eigenen Beinen zu gehen. Die Wasser- und Kohlekraftwerke müßten in der Volksrepublik nach wie vor eine wichtige Rolle spielen und würden von der Kernkraft keineswegs verdrängt. Kernenergie bleibe m. a. W. auf eine "Ergänzungsfunktion" beschränkt. Li Peng bezog sich bei diesen Ausführungen auf Absprachen mit dem 1. stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Archipow vom März 1986.

Nahezu alle chinesischen Atomkraftexperten waren während der fünfziger Jahre in der Sowjetunion ausgebildet worden. Aufgrund dieser sowjetischen Hilfe waren die Chinesen auch in der Lage, 1964 ihre erste Atombombe zu zünden.

Möglicherweise veranlaßt die Entwicklung von Tschernobyl die Chinesen nunmehr, sich wieder über

das KWU-Angebot verstärkt Gedanken zu machen. -we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

*

*

*(4)

Sommerzeit nun auch in China

"Um den internationalen Austausch zu verbessern", beschloß China, zum erstenmal die Sommerzeit einzuführen, und zwar vom 4. Mai bis zum 14. September. Alle Uhren sollen in dieser Zeit eine Stunde vorgestellt werden. Die Nachrichtenstationen wurden angewiesen, in der Zeitangabe nicht mehr von "Beijing-Zeit", sondern von "Beijing-Sommerzeit" zu sprechen (XNA, 30.4.86). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(5)

Gesetzesamt des Staatsrats gegründet

Auf Beschluß des Staatsrats (Zentralregierung) wurde im April 1986 das Gesetzesamt des Staatsrats (guowuyuan fazhi ju) eingerichtet. Das nun direkt dem Kabinett unterstehende Gesetzesamt entstand durch die Zusammenlegung der Hauptabteilung für Gesetze unter dem Hauptbüro des Staatsrats mit dem Forschungszentrum des Staatsrats für Wirtschaftsgesetzgebung. Das Gesetzesamt des Staatsrats ist verantwortlich für die Verwaltung der gesamten gesetzgeberischen Arbeit des Staatsrats. Es soll die Arbeit aller Staatsratsorgane auf diesem Gebiet überblicken, organisieren, koordinieren und konkret anleiten. Dementsprechend hat das neugeschaffene Gesetzesamt des Staatsrats hauptsächlich folgende Aufgaben:

- Planung und Organisierung der gesetzgeberischen Arbeit des Staatsrats;
- Überprüfung der von den verschiedenen Staatsratsorganen erarbeiteten Entwürfe für Gesetze und Verwaltungsbestimmungen;
- Entwurf von wichtigen Gesetzen und Verwaltungsbestimmungen;
- Archivierung von Gesetzen und Bestimmungen und Zusammenstellung einer Gesetzessammlung;
- wissenschaftliche Kontakte und Beratungen mit in- und ausländischen Wirtschaftsjuristen. (RMRB, 16.5.86)

Wie umfangreich die Arbeit des Gesetzesamts des Staatsrats ist, wird daraus ersichtlich, daß der Staatsrat allein in diesem Jahr 162 Gesetze und Bestimmungen entwerfen, ausarbeiten oder endgültig beschließen

Ben wird. Dies gab der stellvertretende Direktor des Gesetzesamtes, Wang Shirong, auf einer Arbeitstagung der Rechtsabteilungen aller Staatsratsorgane bekannt (ebenda). Im Gegensatz zu den Verwaltungsbestimmungen, die der Staatsrat allein beschließen kann, bedürfen die Gesetze jedoch der letztendlichen Zustimmung durch den Nationalen Volkskongreß (NVK) oder seinen Ständigen Ausschuß. Diese beiden Legislativorgane haben wiederum ebenfalls jeweils ein für die Gesetzesarbeit verantwortliches Organ: die NVK-Gesetzeskommission und den Rechtsausschuß des Ständigen NVK-Ausschusses. Über das Verhältnis und die Art und Weise der Kooperation zwischen diesen beiden Rechtsabteilungen der Legislative und dem Gesetzesamt des Staatsrats ist nichts bekannt. -sch-

*(6)

Neuer Direktor des ZK-Hauptbüros

Als neuer Direktor des ZK-Hauptbüros konnte Wen Jiabao erkannt werden. Er trat öffentlich in dieser Funktion zum ersten Mal am 1. Juni 1986 auf, als er zusammen mit dem ständigen ZK-Sekretär Hu Qili und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Tian Jiyun Kinder aus dem Autonomen Gebiet Xinjiang empfing (XNA, 2.6.86). Wen war von Februar 1984 bis Dezember 1985 stellvertretender Minister für Geologie und Bodenschätze und stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Komitees für Bodenschatzreserven. Weitere biographische Daten zu Wen Jiabao liegen nicht vor.

Aufgabe des ZK-Hauptbüros ist wahrscheinlich die konkrete Koordinierung der Arbeit der zahlreichen Abteilungen und nachgeordneten Organe des Zentralkomitees. Es scheint deshalb als Verbindungsstelle zwischen den politischen Entscheidungsorganen des Zentralkomitees (Politbüro und ZK-Sekretariat) und der ZK-Bürokratie zu dienen.

Das ZK-Hauptbüro stand seit Mai 1984 unter der Leitung von Wang Zhaoguo. Der 46jährige Wang hatte dank der persönlichen Förderung von Deng Xiaoping und Hu Yaobang 1982 eine kometenhafte Karriere gemacht: vom stellvertretenden Fabrikdirektor stieg er zum Mitglied des ZK der KPCh und zum 1. ZK-Sekretär des Kommunistischen Jugendverbands auf. Auf der außerordentlichen nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh im September 1985 wurde Wang Zhaoguo sogar in das ZK-Sekretariat gewählt. -sch-

*(7)

Parteisekretär der Wirtschaftszone Shenzhen abgelöst

Der Parteisekretär der Wirtschaftszone Shenzhen, Liang Xiang, ist von seinem Amt abgelöst worden und soll auf den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh-Beraterkommission der Provinz Guangdong abgeschoben werden. Zu seinem Nachfolger wurde Li Hao ernannt, der bereits Bürgermeister von Shenzhen ist. (Zhongguo Xinwen She, 20. u. 21.5.86, nach SWB, 23.5.86, u. AW, 1.6.86) -sch-

*(8)

Neuer Gouverneur der Provinz Hebei

Zum neuen Gouverneur von Hebei wurde am 4. Mai auf der diesjährigen Plenartagung des Provinzvolkskongresses der 63jährige Xie Feng gewählt (XNA, 6.5.86). Seit 1982 ist Xie stellvertretender Parteisekretär von Hebei und Mitglied des XII. Zentralkomitees der KPCh. Der bisherige Gouverneur von Hebei, Zhang Shuguang (64), war im März auf Beschluß der Parteizentrale zum neuen Parteisekretär des Autonomen Gebiets Innere Mongolei ernannt worden. -sch-

*(9)

Neuer Gouverneur der Provinz Hubei

Auf der diesjährigen Plenartagung des Provinzvolkskongresses (PVK) von Hubei wurde der 54jährige Guo Zhenqian am 17. Mai als neuer Gouverneur durch ordentliche Wahl bestätigt. Guo ist studierter Finanz- und Handelsexperte. Er schloß 1954 sein Studium an der Fakultät für Handel der Beijinger Volksuniversität ab. Vor seiner Wahl zum stellvertretenden Gouverneur von Hubei im April 1983 war Guo Zhenqian Direktor der Filiale der Volksaufbaubank in Hubei. Guo war bereits am 30. Januar vom Ständigen PVK-Ausschuß zum amtierenden Provinzgouverneur ernannt worden, nachdem Huang Zhizhen - wahrscheinlich aus Altersgründen - von diesem Posten zurückgetreten war. Huang, der Mitglied des XII. ZK ist, wurde dafür auf der PVK-Plenartagung zum neuen Vorsitzenden des Volkskongresses der Provinz Hubei gewählt. (RMRB, 18.5.86; XNA, 19.5.86; Xinhua, 30.1.86, nach SWB, 3.2.86) -sch-

*(10)

Neuer Gouverneur der Provinz Gansu

Der 50jährige Jia Zhijie wurde am 17. Mai auf der diesjährigen Plenartagung des Volkskongresses von Gansu zum neuen Gouverneur dieser Provinz gewählt. Jia zählt zu der Gruppe von früheren chinesischen Auslandsstudenten in der Sowjetunion, wo er 1960 sein Studium ab-

schloß (möglicherweise im Fach Maschinenbau). Danach arbeitete Jia Zhijie rund 20 Jahre in einer Maschinenbaufabrik in Gansu. Im März 1983 wurde er zum stellvertretenden Provinzparteisekretär von Gansu gewählt. Die Position des Gouverneurs von Gansu war vakant geworden, nachdem der bisherige Amtsinhaber Chen Guangyi Anfang März zum neuen Parteisekretär der Provinz Fujian ernannt worden war.

Darüber hinaus wählte der Provinzvolkskongreß mit Liu Bing seinen neuen Vorsitzenden. Liu war vor der Kulturrevolution einer der stellvertretenden Präsidenten der Beijinger Qinghua-Universität und wurde 1980 Präsident der Universität Lanzhou. Seit 1982 ist Liu Bing einer der stellvertretenden Provinzparteisekretäre von Gansu. (RMRB, 18.5.86; XNA, 19.5.86) -sch-

*(11)

Deng Xiaoping forderte erneut eine grundlegende Verbesserung des Arbeitsstils der Funktionäre

Deng Xiaoping hat in einer Rede auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh wesentlich mehr Anstrengungen für eine grundlegende Verbesserung des Arbeitsstils der Partei gefordert. Auf dem XII. Parteitag im September 1982 habe man, so Deng, fünf Jahre für die grundlegende Verbesserung des Arbeitsstils angesetzt. Davon seien jetzt jedoch nur noch etwas mehr als ein Jahr übrig, und man müsse nun wirklich entschlossen die Frage des Arbeitsstils anpacken, um einen Durchbruch zu erzielen. Wenn man es in dem verbleibenden Jahr nicht schaffe, dann müsse man noch ein Jahr dranhängen. Deng zufolge wird es sogar 10 Jahre in Anspruch nehmen, um wirklich zu dem Arbeitsstil und der gesellschaftlichen Moral der 50er Jahre zurückzufinden. (Nach Bo Yibo, in: DGB, 17.5.86)

Unter der Verbesserung des Arbeitsstils und der damit zusammenhängenden "Ausrichtung der Partei" werden gegenwärtig vor allem die Aufdeckung und Bestrafung von Funktionären verstanden, die Vergehen gegen die Gesetze und gegen die Disziplinarregeln der Partei (insbesondere Korruption und Amtsmissbrauch für private Zwecke) begangen haben (Siehe auch C.a., Januar 1986, Ü 13).

Die Forderung Deng Xiaopings nach einer schärferen Gangart bei der politisch-moralischen Säuberung der Partei gab der stellvertretende Vorsitzende der ZK-Kommission zur Leitung der Ausrichtung der Partei, Bo Yibo, auf einer Konferenz

von Inspektoren der Kommission bekannt. Bo Yibo zufolge behindert ein parteiinternes "Netz von Beziehungen" (guanxi gang) die Arbeit der Disziplinarorgane der Partei in erheblichem Maße. In vielen Einheiten spielten Prinzipien überhaupt keine Rolle sondern ausschließlich persönliche Beziehungen. Sobald ein konkreter Fall angegangen werde, ließen die Betroffenen ihre Beziehungen spielen, um einer Bestrafung zu entgehen. Frühere Untergebene, Söhne, Töchter und andere Verwandte sowie alte Gefährten hoher Kader könnten so ihren Kopf aus der Schlinge ziehen. Bo Yibo forderte deshalb die Inspektoren der Parteiausrichtungsorgane zu mehr Mut bei der Aufdeckung der sog. "großen und bedeutenden Fälle" (da'an yao'an) von Vergehen gegen die staatlichen Gesetze und gegen die Disziplinarregeln der Partei auf, in die mächtige Kader verwickelt sind. (DGB, 17.5.86)

Ob mehr Mut allein genügt, um die korrupten "Tiger", d.h. mächtige Führungskader, zur Strecke zu bringen, ist sehr fraglich. Solange die Allmacht der Partei und vor allem ihrer Führungskader über die Legislative, die Exekutive und die Judikative sowie über die Presse ungebrochen ist, dürfte der Korruption der Parteifunktionäre kaum beizukommen sein. -sch-

* (12)

XIII. KPCh-Parteitag für 1987 angekündigt - kein Rückzug Deng Xiaopings aus den politischen Führungsgremien

In einem längeren Interview mit einer Journalistin der australischen Rundfunkgesellschaft hat der ständige ZK-Sekretär Hu Qili angekündigt, daß der XIII. Parteitag der KPCh entsprechend dem Parteistatut im nächsten Jahr einberufen werden soll. Das konkrete Datum werde auf der 6. Plenartagung des XII. ZK beschlossen, die in der zweiten Jahreshälfte 1986 stattfinden werde. Hu kündigte eine weitere Verjüngung der Parteiführungsgremien auf dem XIII. Parteitag an. Allerdings würden einige "alte Revolutionäre mit reichhaltigen Erfahrungen und hohem Prestige" in den Führungsgremien der Partei verbleiben (Liaowang-Auslandsausgabe, Hongkong, 5.5.86, nach SWB, 13.5.86). Diese Formulierung deutet darauf hin, daß sich der 82jährige Deng Xiaoping entgegen seinen ursprünglichen Plänen nun doch nicht 1987 aus der Parteiführung zurückziehen wird. Gleiches dürfte für Chen Yun (81) und Li Xiannian (81) gelten.

Die im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform entstandenen Probleme, die reformfeindlichen Quer-

schüsse orthodoxer Kräfte und die nach wie vor schwache Position von ZK-Sekretär Hu Yaobang gegenüber den alten einflußreichen Militärführern dürften Deng Xiaoping bewogen haben, an der Parteispitze zu verbleiben. Die Hongkonger Zeitschrift Zhengming berichtete in ihrer Juni-Ausgabe, daß Deng Xiaoping auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros erklärt habe, daß er seine Arbeit fortsetzen müsse - andernfalls befürchte er, daß es zu Unruhen kommen könnte (Zhengming, Juni 1986, S. 10).

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros fand wahrscheinlich Ende April/Anfang Mai 1986 statt. Auf dieser Sitzung hielt Deng Xiaoping eine als "wichtig" bezeichnete Rede, in der er auch auf die parteiinternen Probleme, wie Korruption und Amtsmissbrauch für private Zwecke, einging (siehe die Übersicht "Deng Xiaoping forderte erneut eine grundlegende Verbesserung des Arbeitsstils der Funktionäre"). -sch-

* (13)

Rund 100.000 parteidisziplinarisch bestrafte KPCh-Mitglieder in fünf Jahren

Der ständige ZK-Sekretär Hu Qili betonte in einem Interview mit einer Journalistin der australischen Rundfunkgesellschaft, daß die Zahl derjenigen Parteimitglieder, die gegen die staatlichen Gesetze und/oder die Disziplinarregeln der Partei verstoßen hätten, sehr klein sei. Zwischen 1981 und 1985 seien nur zwischen 0,2% und 0,3% aller KPCh-Mitglieder wegen Verstoßes gegen die Parteidisziplin von seiten der Partei bestraft worden

(Liaowang-Auslandsausgabe, Hongkong, 5.5.86, nach SWB, 13.5.86). Wenn man von einer KPCh-Mitgliederzahl von 42 Millionen ausgeht, wären dies rund 100.000 parteidisziplinarisch bestrafte Personen in einem Zeitraum von 5 Jahren. Nach Angaben von Hu Qili ist die Zahl der von den staatlichen Gerichten wegen Straftaten verurteilten KPCh-Mitglieder niedriger. Genauere Angaben hierzu machte er jedoch nicht. -sch-

* (14)

Rede von Hu Qili zum 1. Mai

Auf der zentralen Feier zum 100. Jahrestag des 1. Mai-Streiks am 30. April 1986 in Beijing hielt der ständige ZK-Sekretär und Politbüro-Mitglied Hu Qili die Hauptrede zum Thema "Die historische Aufgabe der chinesischen Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Epoche" (Text in:

RMRB, 1.5.86; auszugsweise deutsche Übersetzung in: BRu, 13.5.86). Die neue historische Aufgabe der chinesischen Arbeiterschaft besteht Hu zufolge darin, unter der Führung durch die KPCh an der Öffnung nach außen und an der Reform festzuhalten. Hu Qili bezeichnete die außenwirtschaftliche Öffnung und die Reform des Wirtschaftssystems als "eine umfangreiche und tiefgreifende Revolution, die die Ideologie, das Bewußtsein und die Lebens- und Denkweise der Menschen so stark wie noch nie beeinflussen wird".

Hu Qili wiederholte die Zielbeschreibung, nach der bis Ende des 20. Jahrhunderts der Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft vervierfacht werden soll. Im 100. Gründungsjahr der KPCh (d.h. im Jahre 2021) soll China in etwa das Entwicklungsniveau einer Mittelmacht erreicht haben, und bis zum 100. Gründungsjahr der VRCh (d.h. im Jahre 2049) soll sich das Reich der Mitte in wirtschaftlicher Hinsicht dem Stand der entwickelten Länder angenähert haben und sich zu einer "fortschrittlichen, blühenden, wohlhabenden und modernen sozialistischen Großmacht" entwickelt haben.

Zur Haltung gegenüber dem Marxismus betonte Hu Qili, daß "der Marxismus niemals ein Dogma gewesen ist", sondern nur eine "Richtschnur zum Handeln". Der Marxismus müsse mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Wirklichkeit Schritt halten. Hu weiter: "Unter den neuen Bedingungen müssen wir an den grundlegenden Prinzipien des Marxismus festhalten und den Mut haben, gewisse Schlußfolgerungen über Bord zu werfen, die sich in der Praxis als überholt oder als nicht völlig korrekt erwiesen haben. Nur auf diese Weise können wir am Marxismus festhalten und ihn entwickeln und die sozialistische Sache tatkräftig vorantreiben. In der Frage der Haltung gegenüber dem Marxismus müssen wir sowohl Zweifel an den grundlegenden Prinzipien des Marxismus als auch jene verknöcherte Denkweise bekämpfen, derzufolge der Marxismus ein unveränderbares Dogma ist."

Hu Qili beklagte, daß eine Reihe von Führungskadern "die Bedeutung des Aufbaus der Demokratie und einer Rechtsordnung immer noch nicht erkannt haben". In diesem Zusammenhang erinnerte Hu an das in der Verfassung verbrieftete Recht aller Bürger, alle staatlichen Organe und deren Mitarbeiter wegen Gesetzes- oder Amtsverstößen anzuklagen. Hu rief die Arbeiterschaft dazu auf, bei der Ausübung dieses Verfassungsrechts mit gutem Beispiel voranzugehen und damit "die demokratische Überwachung zu

verstärken". Ohne Ausnahme müßten all jene vor Gericht gestellt werden, die eine Straftat begangen hätten. Hu betonte: "Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Es darf keinesfalls zugelassen werden, daß es besondere Bürger und besondere Parteimitglieder gibt, die nicht an die Gesetze gebunden sind." -sch-

*(15)

Anti-Nuklearwaffen-Bewegung in Xinjiang

Mitglieder der uigurischen Nationalität haben erneut ein Ende der Atomtests im Autonomen Gebiet Xinjiang gefordert. Einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo zufolge verschickte ein "Komitee der Bewegung von Uiguren für eine atomwaffenfreie Zone in Xinjiang" eine Erklärung an ausländische Organisationen in Beijing, in der neben einer Beendigung der Atomtests auch ein Abzug aller Atomwaffen aus Xinjiang gefordert wurde (Kyodo, 21.5.86, nach SWB, 21.5.86). Darüber hinaus wurde die Annullierung einer angeblichen Vereinbarung verlangt, derzufolge radioaktive Materialien anderer Staaten in Xinjiang gelagert werden dürfen. Ob das Anti-Atom-Komitee auch hinter den Demonstrationen von uigurischen Studenten in Urumqi, Beijing und Shanghai im Dezember 1985 stand (siehe C.a., Dezember 1985, Ü 15), ist nicht bekannt.

Das Atomtestgelände Lop Nor in Xinjiang ist seit 1964 der Schauplatz von mindestens 28 chinesischen Atomversuchen gewesen. Die meisten dieser Atomtests, deren Sprengkraft zwischen 20 Kilotonnen und 4 Megatonnen lag, wurden oberirdisch durchgeführt: in der Luft, auf Türmen und am Boden. Für unterirdische Atomversuche gibt es in Lop Nor horizontale Tunnels und vertikale Schächte. Das Atomtestgelände ist insgesamt mehr als 100.000 qkm groß, und das dazugehörige Straßennetz umfaßt allein über 2.000 km. -sch-

*(16)

Über 16 Millionen Rentner

Nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes betrug die Zahl der Rentner Ende 1985 16,37 Millionen, d.h. rund 10% der gegenwärtig im staatlichen Sektor tätigen Arbeiter und Angestellten. Der Staat zahlte 1985 insgesamt 14,5 Milliarden Yuan an Renten, d.h. 886 Yuan RMB pro Rentner (laut XNA, 12.5.86: 935 Yuan RMB). -sch-

*(17)

Schwere Handgreiflichkeiten zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten

An der Universität Tianjin kam es in der Nacht vom 25. zum 26. Mai 1986 zu schweren handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen mehreren hundert chinesischen Studenten und einer kleinen Gruppe von ausländischen, vor allem afrikanischen Studenten. Anlaß für die Auseinandersetzungen war eine offenbar geräuschvolle Feier von afrikanischen Studenten zum 23. Gründungstag der Organisation für Afrikanische Einheit in der Mensa der Universität. Um gegen die Störung ihrer Nachtruhe durch die Musik zu protestierten, zogen gegen Mitternacht zwischen 300 und 500 chinesische Studenten zur Mensa und belagerten sie. Die chinesischen Studenten und die von ihnen eingeschlossenen 18 ausländischen, zumeist afrikanischen Komilitonen warfen sich in der Folge gegenseitig mit Flaschen, Steinen und Ziegeln. Im Verlauf der Tätlichkeiten wurden zwei chinesische Studenten schwer und drei afrikanische Studenten leicht verletzt. Erst um fünf Uhr morgens beendeten Polizeieinheiten die Scherben-schlacht. Die ausländischen Studenten wurden von der Polizei sofort vom Universitätsgelände entfernt und für fünf Tage in einem Tianjiner Hotel festgehalten. In den darauffolgenden Tagen schlossen sich friedliche Proteste sowohl von seiten der chinesischen als auch von seiten der afrikanischen Studenten an. Chinesische Beamte machten zwei afrikanische Studenten für den Ausbruch der Tätlichkeiten verantwortlich. Wiederholt wurde von chinesischer Seite betont, daß rassistische Vorurteile keinesfalls die Ursache der Auseinandersetzungen darstellten. Dies wurde von seiten der beteiligten afrikanischen Studenten bestritten, die sich in China diskriminiert fühlen. (AP, 26.5.86, in: FAZ, 27.5.86; FEER, 5. u. 19.6.86)

Auseinandersetzungen zwischen Chinesen und Afrikanern in der VR China hat es in der Vergangenheit bereits mehrfach gegeben. Das Ausmaß der Feindseligkeiten und die Tatsache, daß sich zusammen mit den in der Mensa eingeschlossenen Studenten ein ausländischer Journalist befand, werden zu der besonderen Publizität dieses Falles entscheidend beigetragen haben. Das Verhältnis zwischen Chinesen und Afrikanern ist u.a. aufgrund der sehr unterschiedlichen Lebensart und eines deutlichen chinesischen Überlegenheitsgefühls vergleichsweise schwierig. -sch-

*(18)

Letzter Band der chinesischen Ausgabe des Gesamtwerks von Marx und Engels erschienen

Mit dem Erscheinen von Band 50 der chinesischen Ausgabe der Marx/Engels-Werke (MEW) liegt nun das Gesamtwerk der beiden deutschen Revolutionäre in chinesischer Sprache vor. Damit sind die über 30jährigen Übersetzungsarbeiten an diesem wohl umfangreichsten Übersetzungsprojekt in der Geschichte der VR China abgeschlossen worden. Die chinesische Ausgabe umfaßt insgesamt 3,2 Milliarden Schriftzeichen und beruht primär auf der zweiten russischen Ausgabe, wobei bei der Überarbeitung auf die deutsche Ausgabe zurückgegriffen wurde. Der erste Band der chinesischen MEW-Ausgabe war 1956 erschienen. Seitdem sind insgesamt mehr als 4,3 Millionen Bände verkauft worden. (RMRB, 6.5. 1986) -sch-

KULTUR

*

*

*(19)

Größere Autonomie für wissenschaftliche Institute

Der Staatsrat hat kürzlich "Provisorische Bestimmungen über die Erweiterung der Selbstverwaltung wissenschaftlicher Forschungsorgane" verkündet. Danach können Forschungsinstitutionen unter der Voraussetzung, daß sie die ihnen vom Staat aufgetragenen Aufgaben erfüllen, wissenschaftliche und technische Projekte für andere Auftraggeber durchführen. Auf der Grundlage der Selbstbestimmung und des gegenseitigen Nutzens können sie mit Betrieben, Planungseinheiten oder Hochschulinstituten zusammenarbeiten oder Gemeinschaftsprojekte durchführen. Sie dürfen auch gesetzlich Profit machen, wenn sie, vertraglich geregelt, anderen Einheiten technologische Neuerungen zur Verfügung stellen.

In den Bestimmungen wird auch geregelt, daß der Institutsdirektor die Verantwortung für die Forschungsarbeit und die Verwaltung des Instituts trägt. Er wird von höherer Stelle für eine festgesetzte Amtsperiode ernannt, kann sich seinen Stellvertreter aber selbst wählen, wobei er nur die Zustimmung der Aufsichtsbehörde einholen muß. Beide Posten können nach Ablauf einer Amtszeit verlängert werden. Die Autonomie der Forschungsinstitute geht sogar so weit, daß sie freie Hand bei Einstellung und Entlassung von Personal haben. Diejenigen Institute, die vom Staat finanziert werden, müssen allerdings den Stellenplan ein-